

(Präsidentin Friebe)

(A) **Errichtung einer Fachhochschule  
Bonn/Rhein-Sieg**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/3383

in Verbindung damit:

**Ausgleichsmaßnahmen für den Umzug der Bundesregierung nach Berlin Erarbeitung von Planungsgrundlagen für eine Fachhochschule Rhein-Sieg**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/3553

und

**Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Rhein-Sieg**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 11/7775

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung  
Drucksache 11/7900

(B)

zweite Lesung

Ich verweise hierzu noch auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Apostel für die Fraktion der SPD das Wort.

**Abgeordneter Apostel (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde am 20. Oktober 1994, also vor gut zwanzig Tagen, in der vorliegenden Fassung einstimmig angenommen. Ebenfalls einvernehmlich verständigte sich der Ausschuß auf den 1. Januar 1995 als Errichtungsdatum.

Der vorliegende Gesetzentwurf regelt drei Punkte:

Erstens die Errichtung und deren Zeitpunkt, zweitens die notwendigen Gründungsmaßnahmen und drittens die Änderung des Fachhochschulgesetzes, um die Fachhochschule Rhein-Sieg in St. Augustin mit ihrer Abteilung in Rheinbach einzuordnen.

(C)

Der vorliegende Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/7976 vom 10. November 1994 kommt angesichts des Beratungsverlaufes überraschend.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das kann man wohl sagen!)

Inhaltlich übernimmt er so gut wie wörtlich die Formulierungen, die in den letzten Tagen aus der Region kommend den Landtag erreicht haben. Die vorgetragenen Anregungen zum Errichtungsgesetz beruhen auf einem entscheidenden Mißverständnis: Das Errichtungsgesetz kann und soll keine neue Form oder Art von Fachhochschulen begründen. Deshalb ist der nachgeschobene Änderungsantrag auch abzulehnen.

Studienreform ist eine dauernde Aufgabe aller Fachhochschulen. Die notwendigen rechtlichen Vorschriften und Regelungen stehen schon im geltenden Fachhochschulgesetz zur Verfügung. Die als mangelhaft empfundenen Reformanstrengungen in unseren Hochschulen sind nicht mit fehlenden rechtlichen Regelungen zu begründen. Die Überlastung - vor allem im Bereich der Fachhochschulen - ist ein viel entscheidenderer Hinderungsgrund. Wir als SPD-Fraktion dringen auch deshalb mit allem Nachdruck auf eine effektive Umsetzung der im Fachhochschulgesetz dargestellten Reformziele, denn Überlastung ist bei der Entwicklung der neuen Fachhochschule kein Problem.

(D)

Da Reform aber in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden muß, bitten wir die Landesregierung ergänzend und flankierend zur Entwicklung der Fachhochschule Rhein-Sieg vor allem um zwei zusätzliche Maßnahmen: erstens um die Einrichtung eines Entwicklungsbeirates, in dem die Kräfte der Region mit Vertretern der Wissenschaften und der Wirtschaft ihre Vorstellungen über Einzelmaßnahmen abstimmen können. Und zweitens bitten wir um Dokumentation und um Berichterstattung im Wissenschaftsausschuß bezüglich der Frage, durch welche Elemente und Maßnahmen in den geplanten Studiengängen die Reformziele Praxisbezug, frauengerechtere Studienbedingungen

(Apostel [SPD])

- (A) gen, höhere soziale Kompetenz, effektiveres Management und Unterstützung des sozialen und kulturellen Wandels verwirklicht werden sollen. Zusätzlich erbitten wir Informationen darüber, welche sonstigen Reformziele verfolgt werden und welche Ergebnisse der Neugründung der Fachhochschule Rhein-Sieg auf andere Hochschulen übertragen werden können.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Fassung zu. Wir danken der Landesregierung für die zügige Vorlage des Errichtungsgesetzes.

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Und der CDU für ihren Antrag!)

- Ja. - Wir hoffen darauf, daß der Studienbetrieb an beiden Standorten zum Wintersemester 1995/96 aufgenommen werden kann.  
- Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege.  
- Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Posdorf das Wort.

(B)

**Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU):** Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um nur ganz kurz zu dem Änderungsantrag der GRÜNEN Stellung zu nehmen; das Weitere zu dem Gesetzentwurf wird meine Kollegin Frau Keller sagen.

Ich habe der Rede von Herrn Apostel kaum etwas hinzuzufügen. Wir freuen uns, daß wir aufgrund eines Antrags, den wir schließlich gemeinsam getragen haben, diese Fachhochschule errichten können. Es stehen jetzt sozusagen die Spaten in der Erde, und wir hoffen, daß ausgehoben wird und es im Rhein-Sieg-Kreis beginnen kann.

Vor diesem Hintergrund verstehen wir den Antrag der GRÜNEN nicht. Wir haben viele Monate Zeit gehabt zu diskutieren. Dann kommen einige Zuschriften, die, wenn auch anders formuliert, im Grunde genommen das beinhalten, was wir ohnehin wollen. Und heute um halb zwei kommt ein Änderungsantrag, bei dessen Annahme wir eine neue Anhörung durchführen müßten, weil weitere

Bereiche betroffen sind. Damit würden wir dafür sorgen, daß der Spaten weiter in der Erde bleibt. Dafür haben wir kein Verständnis. (C)

All das, was hier gefordert wird, ist nach geltender Rechtslage möglich. Wenn man eine solche Wahnsinnskonstellation hat, daß der gesamte Landtag, die gesamte Region, alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen so etwas wollen, dann muß man es in den Stiel stoßen. Ich kann nur sagen: Dampf machen! - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht der Abgeordnete Schultz-Tornau.

**Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat ist es so, daß wir uns bemüht haben, eines zu erreichen: keine unnötigen Verzögerungen. Wir haben uns deshalb bei dem Errichtungsgesetz auf das unbedingt Notwendige beschränkt und alle Freiheit gelassen, andere Möglichkeiten zu finden, wenn man denn dem öffentlich-rechtlichen Modell folgt. Die F.D.P. hat damals die Stiftungshochschule gewollt; das ist hier beraten und abgelehnt worden. (D)

Heute werden uns um halb zwölf Dinge vorgelegt wie: Die Fachhochschule wird als Reformmodell eingerichtet. Als jemand, der ab und zu auch noch ein bißchen juristisch denkt, weil er das einmal gelernt hat, fragt man sich, was es soll, in ein Gesetz "Reformmodell" hineinzuschreiben. Das ist ja offensichtlich als weiße Salbe gedacht. Man hat gar keine Zeit mehr gehabt, das inhaltlich auszufüllen, wollte aber den Eindruck erwecken, als ob man etwas Neues in den Stiel stoßen wollte, und verwendet dann das schlichte Wort Reformmodell. So geht es nun beim besten Willen nicht.

Den Gründungsbeirat haben wir besprochen; über die Grundzüge waren wir uns klar, und deshalb konnten wir alle einstimmig zustimmen, daß er nicht ins Gesetz geschrieben werden muß. Es war auch ganz klar, daß alle Kräfte der Region in diesem Gründungsbeirat vertreten sein sollten, der dann auch die weitere Entwicklung zu begleiten hat.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klöse)

(Schultz-Tornau [F.D.P.])

(A) Wir haben, vor allen Dingen auf Wunsch von Herrn Dr. Vesper, im Ausschuß sogar darüber gesprochen, daß nach Möglichkeit auch Gleichstellungsbeauftragte dabei sein sollten. Es ist, gelinde gesagt, schon an der Grenze der Unverschämtheit, hier so etwas vorzulegen, nach dem, was wir im Ausschuß gemeinsam besprochen hatten.

Deshalb kann es weitere Verzögerungen nicht geben, und es kann nicht sein, die Beratungen einer Vorlage, die man als Tischvorlage am selben Tage erhält, in das Plenum zu verlegen; so stelle ich mir Gesetzesberatungen beim besten Willen nicht vor.

Wir bleiben bei dem, was wir einstimmig im Ausschuß beschlossen haben, und werden heute in zweiter Lesung diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf Herrn Kollegen Appel das Wort erteilen; die Parteibezeichnung ist ja jetzt wohl nicht mehr anzugeben, da wir hier in Ausschußgröße sitzen und sich jeder kennt.

(B) Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Posdorf und Herr Schultz-Tornau,

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Nun übertreiben Sie nicht, Herr Kollege!)

Ich verstehe Ihre Aufregung überhaupt nicht.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Ich habe mich nicht aufgeregt!)

- Doch, Sie haben sich hier echauffiert.

Ich kann es mir als Bonner natürlich vorstellen: Ihre beiden Berlin-Parteien

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Oh nein!)

haben natürlich unter anderem dazu beigetragen, daß wir mit der schnellen Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfes, die ich auch für richtig halte, versuchen müssen, die Tinte auszulöffeln, in die Ihr Mehrheitsbeschluß und Ihre Politik die Bonner,

die Rhein-Sieg- und Kölner Region gestürzt haben. Ich habe dafür schon Verständnis, daß Sie sich deswegen so aufregen. (C)

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

- Nein, nein! Ihr Bundeskanzler, dieser Kohl von Bonn, hat für die Bonn-Rhein-Sieg-Region schon einiges in den Sand gesetzt. Ich möchte nur einmal die Ausgleichsmaßnahmen im Bereich der Regierungsverwaltung nennen. Das sollte die Post und die Bahn betreffen. Die Bahn wird privatisiert, und das Postministerium - so liest man dieser Tage in Koalitionsvereinbarungen - wird aufgelöst. Daran sieht man schon, wie Ihre Ausgleichsmaßnahmen ausgesehen haben.

Dann internationale Institutionen: Da hat sich Herr Kohl dafür eingesetzt, daß die Bank nicht nach Bonn, sondern nach Frankfurt kommt. Auch das war ein Flop.

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Jetzt geht es um die Fachhochschule Rhein-Sieg!)

Dann: ökologische Modellregion. Das hat Ihr CDU-Bürgermeister Daniels verhindert. Seit zwei Wochen packen Rot-Grün das an, daß sich diese Politik umdreht und Bonn wirklich zu einer ökologischen Modellregion wird. (D)

Und für den Wissenschaftsstandort Bonn haben Sie eigentlich auch nichts getan. Da muß die Landesregierung jetzt in erster Linie einspringen; dafür sind wir dankbar. Wir haben aber von Anfang an gesagt, daß wir mit dieser Fachhochschule Rhein-Sieg nicht die 52. Hochschule in NRW eröffnen wollen, sondern daß wir etwas Modellhaftes bringen wollten.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Wie kann man das in das Gesetz reinschreiben?)

Dazu gehörte eben, und darum ging ja auch die Diskussion, daß wir einen Schwerpunkt auf Frauenerförderung legen wollten. Wir wollten in erster Linie eine Frauenhochschule.

Daß Ihnen das nicht gefällt, das sollten Sie offen sagen. Wenn es andersherum aber so ist, daß alles, was in unserem Antrag steht, eigentlich von Ihnen und auch von der Wissenschaftsministerin gewollt wird, dann kann ich nicht verstehen, wes-

(Appel [GRÜNE])

- (A) halb Sie unserem Änderungsantrag nicht zustimmen können.

(Zurufe von der SPD)

Irgendwo paßt das eine mit dem anderen nicht zusammen. Wir haben ja gleich die Gelegenheit, darüber abzustimmen. Ich würde vorschlagen: Stimmen Sie unserem Antrag zu, dann verabschieden wir das gemeinsam; alles andere wird man sehen.

Uns ging es darum, entsprechende Schwerpunkte noch einmal deutlich zu machen. Hinzu kommt, daß ein breiter Zusammenschluß unterschiedlicher Akteure der Region aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden, der sich im Förderkreis darstellt, die Gründung einer Reformhochschule, die organisatorisch und inhaltlich neue Akzente setzt, begrüßt. Für uns ist es nicht einsichtig, warum sich die qualitativ guten und durchdachten Vorschläge aus der Region nicht im Gründungskonzept niederschlagen sollen. Solche Initiativen sind nicht die Regel. Sie verdienen es, aufgegriffen zu werden.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Wie kann sich das denn im Gesetzentwurf niederschlagen?)

(B)

- Herr Schultz-Tornau, das ist das Problem! Wir wollen das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in die politische Praxis einbeziehen. Wir wollen sie motivieren.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Davon steht nichts in Ihrem Antrag! - Zurufe von der SPD)

- Daß Sie das nicht können und deshalb auch nicht mehr gewählt werden, ist Ihr Problem. Das hat mit Ihrer politischen Methode zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

Ich würde sagen: Wir bleiben dabei: Wir stellen das hier zur Abstimmung. Ich will es nicht zu lange machen. Ich denke, die Positionen sind ausgetauscht. Wir können den Präsidenten seines Amtes walten lassen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Ein Kasperletheater ist

das! - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Vielleicht lesen Sie den Gesetzentwurf nachträglich wenigstens! - Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Das ist lächerlich! Wirklich lächerlich! (C)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich möchte Frau Ilka Keller das Wort erteilen.

Abgeordnete Keller (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie immer das auch sein mag: Wir in der Region sind sehr froh darüber, daß das Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Rhein-Sieg heute endlich verabschiedet wird.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Frechen [SPD]: Was heißt hier "endlich"?)

Ich bin auch sehr froh darüber, daß es uns in der Region parteiübergreifend gelungen ist, einen Konsens zu finden. Das schafft Stabilität und Vertrauen in die Zukunft.

Zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist richtig: Inhaltlich stimmen wir in der Region ihm zu. Herr Appel, es ist breit diskutiert worden. Sie haben diese Diskussion aufgegriffen und heute den Änderungsantrag noch eingebracht. Dieser Änderungsantrag kommt spät; deshalb kann man das jetzt nicht mehr einfach so mit einbeziehen. (D)

Dank der gemeinsamen Kraftanstrengung aller Verantwortlichen wurde am 29. April dieses Jahres die Vereinbarung über Ausgleichsmaßnahmen unterzeichnet. Das gab in der Bevölkerung des Rhein-Sieg-Kreises Hoffnung zurück. Ich hoffe, daß diese Hoffnung in Bonn auch demnächst wieder zurückkommt.

515 Millionen DM gibt der Bund für diese dezentrale Fachhochschule aus. Das sind 323 Millionen DM für Investitionen und 192 Millionen DM für Personal- und Sachausgaben. Insgesamt rechnen wir mit 2 300 bis 2 500 Studienplätzen, Frau Ministerin - 1 000 für Rheinbach im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis und circa 1 300 für Sankt Augustin rechtsrheinisch. Ich möchte darauf hinweisen, daß es für uns in der Region besonders wichtig war, daß beide Standorte im Gesetz festgeschrieben werden.

(Keller [CDU])

- (A) Die Studiengänge, die demnächst angeboten werden können, sind gut auf die regionale Struktur zugeschnitten. Das ist nicht zuletzt durch die Umsetzung der gemeinsamen Bedarfsanalyse von Industrie- und Handelskammer und Ruhr-Forschungszentrum garantiert.

In Sankt Augustin werden demnächst die Studienfächer Wirtschaft, Angewandte Informatik und Kommunikationstechnik sowie Elektrotechnik und Maschinenbau angeboten. In Rheinbach werden die Studiengänge Materialtechnik, Chemiewesen, Ingenieurwesen, Verfahrenstechnik und Wirtschaft angesiedelt. Die geplanten Studiengänge werden von den ansässigen Betrieben heute schon nachgefragt. Auch das ist sehr wichtig. Außerdem sollen die beiden Abteilungen der Fachhochschule im engen Verbund zum Wissenschaftsstandort Bonn stehen. Der Studienbetrieb - daran möchten wir gern festhalten, Frau Ministerin - soll zum Wintersemester 1995/96 beginnen können.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Alles unstrittig!)

- (B) Meine Damen und Herren! Die Fachhochschule Rhein-Sieg kann bei sorgfältiger Planung Modellcharakter bekommen - wir wünschen uns das sehr -, was die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft, die Bedeutung für Europa und die aktive Frauenförderung angeht. Wir können und müssen diese Chance nutzen, um für die große Region Köln/Bonn die Weichen in das nächste Jahrhundert zu stellen.

Wichtig ist, daß die Finanzierung des Bundes nur bis Ende 2004 geht. Dann wird das Land zusätzlich wieder in die Verantwortung genommen. Für diese Anschlußfinanzierung besteht noch reger Gesprächsstoff. Kooperationsgemeinschaften sind hier denkbar. Wir müssen darüber auch mit der Wirtschaft vor Ort noch intensive Gespräche führen.

Ich danke allen Beteiligten sehr herzlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf Frau Ministerin Brunn das Wort erteilen. Bitte schön.

- (C) Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin dem Landtag für die schnelle und einvernehmliche Beratung dieses Gesetzentwurfes dankbar, und ich freue mich, wenn es uns heute gelingt, ihn auch mit großer Einvernehmlichkeit zu verabschieden.

Das gibt uns als Land Nordrhein-Westfalen nämlich die Chance, sehr schnell die weiteren Gründungsmaßnahmen voranzutreiben. Wir haben ja bereits vor Verabschiedung des Gesetzes den Gründungsbeauftragten mit einem kleinen Büro installiert, damit Vorbereitungsmaßnahmen getroffen werden können.

Es ist auch wichtig, wenn wir im kommenden Jahr den Studienbetrieb beginnen wollen, so schnell wie möglich die weiteren Maßnahmen zu starten. Aber das hängt natürlich, Frau Abgeordnete Keller, auch davon ab, daß das Geld vom Bund bald fließt. Die Mittel, die bisher im Bundeshaushalt dafür vorgesehen waren, sind noch nicht hinreichend. Man muß also darauf achten, daß in dem neu eingebrachten Bundeshaushalt eine hinreichende Dotierung der Ausgleichsmaßnahmen vorhanden ist, um das Vorhaben finanzieren zu können.

- (D) Ihre Frage nach der Weiterfinanzierung kann ich klar beantworten. Dadurch daß das Land die Fachhochschule als Hochschule des Landes Nordrhein-Westfalen errichtet, dadurch daß wir die klaren Beschlüsse der Landesregierung dazu haben und durch den Ausgleichsvertrag ist völlig klar, daß das Land seiner Verpflichtung, ab dem Jahre 2005 die Hochschule zu finanzieren, nachkommen wird. Das bedarf überhaupt keiner Frage. Das ist durch die vertragliche und gesetzliche Situationen klar vorgegeben. Es ist keine Fachhochschule für zehn Jahre, sondern eine Fachhochschule, die auf Dauer eingerichtet und finanziert wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte davon abraten, den Änderungsantrag, den die GRÜNEN heute stellen, zu beschließen, weil es z. T. Selbstverständlichkeiten sind, die man nicht in ein Gesetz hineinschreibt. Wer könnte zum Beispiel dagegen sein, daß das Studium die besonderen Belange der Kinder berücksichtigt. Nur schreibt man das nicht als Ziel der Hochschule in Absatz 1 irgendeines Paragraphen, sondern man wird hoffentlich bald dazu beitragen, daß es dort einen Kindergarten für Studierende mit Kindern gibt,

(Ministerin Brunn)

- (A) und man sollte sich überlegen, ob die Studienzeiten, zu denen die Studiengänge angeboten werden, so liegen, daß sie für Studierende mit Kindern wahrnehmbar sind. Das ist der Punkt und nicht etwa die Frage, ob man es in ein Gesetz schreibt.

Ähnliches gilt für den Gründungsbeirat, den Sie und auch Abgeordneter Apostel gefordert haben. Selbstverständlich werden wir einen Gründungsbeirat einrichten - das haben wir zugesagt -, in dem die Vertreter der Region, die Vertreter von den Wirtschaftsverbänden, die Vertreter der Gewerkschaften, der umliegenden Hochschulen, die dort einen Beitrag leisten und durch eventuelle Initiativen mitarbeiten können. Natürlich wollen wir auch eine Gleichstellungsbeauftragte, wie wir es vorgeschlagen haben, und die GRÜNEN es ergänzend gefordert haben.

Meine Damen und Herren! Einen solchen Beirat braucht man also nicht in das Gesetz zu schreiben, genausowenig wie man Kuratorien in das Gesetz schreiben muß. Einen solchen Beirat setzt man praktikabel nach den Bedürfnissen der Beratung zusammen, und er berät dann die Hochschule in der Entstehungsphase.

- (B) Herr Abgeordneter Apostel hat eine intensive Berichterstattung zu dem Fortgang der Gründungsmaßnahmen und zu den besonderen Zielen moderner und innovativer Studiengestaltung, die hier geäußert worden sind, gefordert, nämlich von der Frage des Praxisbezugs bis zur Frauengerechtigkeit und Europafähigkeit. Ich finde die Idee sehr gut, dem Ausschuß über genau diese Fragen Bericht zu erstatten, weil es ermöglicht, die Debatte darüber zu objektivieren. Wir wollen dies gern begleitend zum Aufbau der Hochschule dem Wissenschaftsausschuß gegenüber tun. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich wünsche mir, daß der Gesetzentwurf verabschiedet wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Danke schön. - Bei der Besetzung ist es auch nicht ganz schwierig, Aufmerksamkeit zu erwecken.

(Heiterkeit - Zurufe)

(C) Wir müssen abstimmen - erstens - über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/7976. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist der Änderungsantrag gegen die Stimmen der antragsstellenden Fraktion von den drei anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Zweitens ist abzustimmen über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 11/7775. Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat in Nummer 1 seiner Beschlussempfehlung empfohlen, diesen Gesetzentwurf mit einer Änderung zu Artikel I § 1 anzunehmen. Wer möchte dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zustimmen? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Einstimmig angenommen!

Das heißt also, daß der Gesetzentwurf in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet worden ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

(D) Wir haben drittens abzustimmen über den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/3383, der nach Nummer 2 der Beschlussempfehlung für erledigt erklärt werden soll. Meine Damen und Herren, wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch das ist einstimmig so entschieden worden.

Viertens wird abgestimmt über den Antrag der SPD Drucksache 11/3553, der nach Nummer 3 der Beschlussempfehlung ebenfalls für erledigt erklärt werden soll. Bei dieser Beschlussempfehlung sein ja geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch das ist einstimmig.

Damit kann ich feststellen, daß dieser Tagesordnungspunkt erledigt ist.

Tagesordnungspunkt 14:

Gesetz zur Änderung des Universitätsgesetzes

Gesetzentwurf  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/7856

erste Lesung